

Die BfM-Fraktion erläutert ihren Antrag. Sie konkretisiert ihren Vorschlag dahingehend, dass von Seiten der Verwaltung eine entsprechende rechtssichere Änderung der Geschäftsordnung vorbereitet werden soll.

Die CDU-Fraktion spricht sich für eine Ausweitung der Einwohnerfragestunde aus, lehnt aber den Vorschlag ab, dass der Ausschussvorsitzende darüber entscheidet, ob die Einwohnerfrage im Rahmen der Einwohnerfragestunde oder bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes gestellt wird.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt dem zu und unterstreicht, dass man ein einheitliches Vorgehen anstreben sollte und es nicht ins Ermessen des Ausschussvorsitzenden stellen sollte, wann die Einwohnerfrage gestellt werden darf.

Die SPD-Fraktion sieht in der Änderung der Einwohnerfragestunde das Risiko eines Zwiegespräches zwischen den Einwohnern und den Fraktionen. Möglicherweise wird dadurch in der Sitzung Druck auf die gewählten Ratsmitglieder ausgeübt. Daher spricht sich die SPD-Fraktion für die Beibehaltung der bisherigen Regelung aus.